



Gewerkschaft der Polizei

www.gdp-saarland.de

Kaiserstr. 258 * 66133 Saarbrücken

Tel.: 0681 84124 10, Fax: - 15

Email: gdp-saarland@gdp-online.de

Machtvoller Protest der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hannover:

Freiberg: "Mit dem Sparen muss jetzt Schluss sein!"

Hannover/ Berlin/ Saarbrücken. Rund 14.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, darunter nahezu 5.000 in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisierte Tarifbeschäftigte, Polizistinnen und Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet, haben in einer machtvollen Demonstration in Hannover die Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nach einer Einkommenssteigerung von 8 Prozent, mindestens aber 200 Euro für jeden Beschäftigten der Länder eindrucksvoll untermauert. "In den letzten 10 Jahren haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Verzicht leisten müssen und die Haushalte konsolidiert. Unsere Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht wieder Opfer vorgeschobener Sparzwänge werden. Wir stemmen uns jetzt mit aller Macht dagegen, dass wir auch noch die Zeche für das geldgierige und skrupellose Handeln von Kapitalisten-Junkies bezahlen sollen. Mit dem Sparen muss jetzt Schluss sein!", rief GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg auf dem Opernplatz in Hannover den Demonstrantinnen und Demonstranten zu.

Dieser überwältigende Protest der Beschäftigten, so Freiberg, sei das unmissverständliche Signal an die öffentlichen Arbeitgeber "Bis hierher und nicht weiter!" Man habe den Beschäftigten vor den Kopf gestoßen, die gemeinsame Forderung von GdP, ver.di, GEW und dbb-Tarifunion brüsk als "nicht von dieser Welt" und als "unverhandelbar" zu bezeichnen. Es sei zudem eine Unverfrorenheit, dass nach zwei Verhandlungsrunden noch immer kein Gegenangebot vorläge. Nun müssten die Finanzminister Möllring (Niedersachsen), Linssen (Nordrhein-Westfalen) und Speer (Brandenburg) als Verhandlungspartner der Gewerkschaften Flagge zeigen. Freiberg: "Angesichts tausender zorniger Beschäftigter heute in Hannover und vieler Warnstreiks in ganz Deutschland stellt sich die Frage, worauf die Herren denn noch warten?"

Der GdP-Vorsitzende weiter: "Wer wie die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, einschneidende Reallohnverluste, Streichungen oder gar Kürzungen bei Weihnachts-, Urlaubsgeld, der Altersversorgung und Verschlechterungen im Gesundheitsbereich hinnehmen musste, der hat einfach die Nase voll."

Die GdP-Saarland war in Hannover mit 70 saarländischen Polizeibeschäftigten vertreten, um zu unterstreichen, dass die Forderung nach 8%, mindestens aber 200 € mehr, auch deren berechnete Erwartungshaltung ist. Hugo Müller, Vorsitzender der GdP-Saarland, fordert angesichts der starren Haltung der Verhandlungsführung der Länder unseren Ministerpräsidenten Peter Müller als Bundesratspräsident auf zu helfen, die Arroganz der Verhandlungsführer der Länder, des niedersächsischen Finanzministers Möllring, des nordrhein-westfälischen Finanzministers Linssen und des brandenburgischen Finanzministers Speer aufzulösen und endlich ein Verhandlungsangebot auf den Tisch zu legen. „Herr Ministerpräsident, sprechen Sie ein Machtwort. Wir haben ein Recht darauf, verhandelbare Vorschläge auf den Tisch gelegt zu bekommen. Jetzt muss Schluss sein mit der Verweigerungshaltung der Länder, sonst reißt uns der Geduldsfaden! Wir wollen nur das haben, was die Beschäftigten der Gemeinden und des Bundes schon längst zugestanden bekommen haben. Wir sind doch als Landesbeschäftigte keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zweiter Klasse!“



70 saarländische Polizeibeschäftigte bei der Protestdemonstration am 3. Februar 2009 in Hannover

Schon nächste Woche werden am **Donnerstag, 12. Februar**, die **Protestaktionen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Saarbrücken** fortgesetzt. Wir Polizeibeschäftigten werden uns um 10 Uhr dem Protestmarsch, der sich vor der Arbeitskammer (Trierer/ Ecke St. Johanner Straße) sammelt, anschließen und im Demonstrationzug zum Innenministerium ziehen. Dort wird zwischen 11:30 und 13:30 Uhr die Protestkundgebung stattfinden, die gegenüber unserem öffentlichen Arbeitgeber deutlich zum Ausdruck bringen wird:

Mehr Kohle ist unsere Parole: Wir fordern 8%, mindest aber 200 € mehr!